

II-8594 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
 des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

B M
W F

3829/AB

GZ 10.001/1-Parl/93

1993-01-29

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER
Parlament
1017 Wien

zu 3855/J

Wien, 27. Jänner 1993

MINORITENPLATZ 5
A-1014 WIEN
TELEFON
(0222) 531 20-0
DVR 0000 175

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3855/J-NR/1992, betreffend die "Fluortablettenaktion in öffentlichen Schulen für die Schuljugend bis zu 14 Jahren und Förderung der Fluorforschung", die die Abgeordneten Mag. Dr. PETROVIC und FreundInnen am 1. Dezember 1992 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Seit 1957 wird an österreichischen Pflichtschulen für Kinder bis zu 14 Jahren eine Fluortablettenaktion zur "Zahnkaries-Prophylaxe" durchgeführt. Seit 1970 ist diese Maßnahme sowohl hinsichtlich ihrer kariesprophylaktischen Wirksamkeit als auch hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Unbedenklichkeit und Nebenwirkungen wissenschaftlich heftig umstritten und wird auch der Erfolg dieser Aktion in Österreich wissenschaftlich angezweifelt.

Hat Ihr Ressort in dieser Angelegenheit in der Zeit von 1970 bis heute Forschungsaufträge vergeben und wenn ja, in welcher Höhe, zu welchem Zweck, und an wen, jeweils aufgeschlüsselt nach Jahren?

Antwort:

Die Zahnkariesprophylaxe fällt in den Kompetenzbereich des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, der sowohl den Nutzen als auch die Unbedenklichkeit prophylaktischer Maßnahmen in allen Gesundheitsbereichen zu prüfen hat

- 2 -

und für die Zulassung von Arzneimitteln zuständig ist. Vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sind daher im angesprochenen Zeitraum keine Forschungsaufträge zum Thema Kariesprophylaxe vergeben worden.

Im Jahr 1991 wurde von Frau cand.med. Popp ein Ansuchen um Refundierung der Kosten für eine Publikation auf diesem Gebiet, die an Kinder im Volksschulalter verteilt werden sollte, an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gestellt. Da es sich bei der gegenständlichen Arbeit aber um kein wissenschaftliches Projekt, sondern um die Darstellung eingeführter gesundheitserzieherischer Maßnahmen in einer für Kinder verständlichen Form gehandelt hat, wurde die Antragstellerin an das Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz verwiesen.

2. Hat Ihr Ressort im fraglichen Zeitraum von 1970 bis heute im Zusammenhang mit der Fluorforschung und/oder der Fluoraktion an den Schulen Forschungsmittel oder sonstige Mittel an
 - a) die Pharmafirma GEBRO in Fieberbrunn,
 - b) ein oder mehrere Ludwig Boltzmann-Institute,
 - c) ein oder mehrere Universitätsinstitute,
 - d) die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit (ÖAV) und/oder deren Sektion Jugendzahnpflege,
 - e) die Österreichische Gesellschaft für Zahnhigiene (ÖGZ),
 - f) die Arbeitsgemeinschaft für Zahngesundheitserziehung (AGZ)
 - g) den Fonds Gesundes Österreich,
 - h) das International Documentation-Center für Preventive Dentistry,

- 3 -

i) andere Vereine, Institutionen oder Privatpersonen vergeben,

wenn ja, an wen, zu welchem Zweck und in welcher Höhe, aufgeschlüsselt nach Jahren?

Antwort:

An die in der Anfrage genannten Firmen, Institute und Gesellschaften sind seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung keine einschlägigen Forschungsaufträge erteilt worden.

3. Wurde Ihr Ressort in der Zeit von 1970 bis heute auf andere Weise wie z.B. durch Interventionen von außen in die Fluor-Kontroverse direkt oder indirekt involviert, wenn ja: wann, von wem kamen die Interventionen, gegen wen richteten sie sich, was hat Ihr Ressort veranlaßt, welche Stellungnahmen hat es abgegeben? Sind Sie bereit, die betreffenden Unterlagen herauszugeben?

Antwort:

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung war in die Fluor-Kontroverse weder direkt noch indirekt involviert; auch sind meines Wissens nach in dieser Angelegenheit keine Interventionen an mein Ressort gerichtet worden.

Der Bundesminister:

